

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionsschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Erhöhung der Getreidepreise?

Die Neu festsetzung der Preise für Brotgetreide aus der beginnenden Ernte steht bevor. Wie eine der Regierung nahestehende Stelle mitteilt, ist eine Erhöhung der Getreidepreise durch den Bundesrat beabsichtigt. Begründet wird diese Erhöhung mit den gesteigerten Produktionskosten der Landwirtschaft und einem voraussichtlich niedrigeren Ernteertrag.

Gegen ein derartiges Unterfangen müssen wir aufs schärfste protestieren. Bei der vorjährigen Höchstpreisfestsetzung ist der Landwirtschaft ein Preis bewilligt worden, der ihr selbst zu hoch erschien. Im Durchschnitt des Jahres 1913 stellte sich der Roggenpreis auf 161 \mathcal{M} , der Weizenpreis auf 199 \mathcal{M} pro Tonne. Der bekannte Bauernführer Dr. Heim schätzte den Roggenpreis pro Tonne für das vergangene Jahr unter normalen Verhältnissen auf 170 \mathcal{M} , für den Preisbezirk Berlin stellte er sich nach der Höchstpreisfestsetzung auf 220 \mathcal{M} . Das war der sonst übliche Großhandelspreis. Die Landwirtschaft erhielt somit einen um 50 \mathcal{M} höheren Preis pro Tonne Roggen, wie sie ihn unter anderen Umständen, wenn der Krieg nicht ausgebrochen wäre, erhalten hätte. Der Weizenpreis wurde gar auf 260 \mathcal{M} pro Tonne festgesetzt. Zu diesen Höchstpreisen kamen die sogenannten Reports, ein Zuschlag von 3 \mathcal{M} pro Monat, für Lagerung, Eintrocknung usw. Dieser Zuschlag hat jetzt die Höhe von 21 \mathcal{M} pro Tonne erreicht. Diese enorme Preissteigerung erhöht die Landwirtschaft, ohne daß sie den geringsten Mehraufwand an Produktionskosten gehabt hätte. Dazu kam das glatte Geschäft der Beschlagnahme. Ferner aber auch die zum Teil noch erheblich mehr gesteigerten Preise für die übrigen Produkte. Wir brauchen nur an die Kartoffeln zu erinnern.

Die im Verhältnis zu den enorm gesteigerten Einnahmen für landwirtschaftliche Produkte im vergangenen Jahr gebrachten Opfer, wie durch den Verlust von Spannpferden und verteuerten Futtermitteln, sind als minimal zu bezeichnen.

Die angegedeutete Erhöhung der Getreidehöchstpreise wird, wie wir bereits betonten, begründet mit den verteuerten Produktionskosten, auch mit einem etwaigen minderen Ernteertrag. Die erhöhten Produktionskosten sollen bestehen in einer Verteuerung der Arbeitskräfte, der motorischen Kräfte, der Düngemittel, der verschlechterten Verwaltung usw. Obwohl man über die Verteuerung der Arbeitskräfte, da in erhöhtem Maße billigere weibliche Kräfte an Stelle der Männer und auch Kriegsgefangene zur Verwendung kommen, verschiedener Meinung sein kann, so kann man das übrige zugeben. Allein diese erhöhten Produktionskosten werden durch den im vorigen Jahr bewilligten höheren Preis mehr wie ausgewogen. Zu dem Ertragewinn vom vergangenen Jahr soll eben ein besonderer in diesem Jahr hinzugefügt werden. Das ist das Bestreben.

Mit Vorliebe wird von landwirtschaftlicher Seite auf die auch heute noch bestehende große Spannung zwischen Getreide- und Mehlpreis hingewiesen. Es wird alsdann behauptet, der Getreidepreis dürfe ruhig etwas höher sein wie bisher, deshalb brauche das Mehl nicht teurer zu werden, es brauche bloß die Spannung vermindert zu werden. Das gibt aber doch kein Anrecht für einen höheren Getreidepreis. Die Spannung muß ganz selbstverständlich auf das Mindestmaß herabgedrückt werden, aber dann soll das dem Konsumenten durch niedrigere Mehl- und Brotpreise zugute kommen. Darauf hat er ein wohlbegründetes Recht, das dem anderen Teil abgeht.

Man überspanne den Bogen nicht. Wir sind nahe am Ende. Eine Erhöhung der Getreidehöchstpreise könnte für uns alle sehr unerwünschte Folgen nach sich ziehen. Die Vereiztheit gegen die Lebensmittelproduzenten und nicht zuletzt gegen den Handel, der ein noch größeres Schuldbonto während des Krieges auf sich geladen, würde noch weiter gesteigert werden. Zum siegreichen Durchhalten gehört aber nicht nur die äußere militärische Kraft, sondern auch eine geschlossene innere Stimmung. Die Leuerung hat der minderbemittelten Bevölkerung

Lasten auferlegt, von deren Notwendigkeit sie nicht überzeugt ist, die schon jetzt stark ihre Kräfte übersteigt. Wir haben keinen Mangel an Lebensmitteln, aber wir haben nicht mehr die Mittel, um sie erschwingen zu können. Das muß sich die Regierung und der Bundesrat bei etwaigen Entschlüssen vor Augen halten. Sie haben nicht nur zu prüfen, ob die Landwirtschaft und der Handel lebensfähig erhalten werden und einen mehr wie auskömmlichen Gewinn finden, sondern auch, ob die breite Volksmasse noch weitere Lasten auf sich zu nehmen imstande ist. Mit aller Entschiedenheit muß verlangt werden, daß die Lasten des Krieges, die ohnehin auf der ärmeren Bevölkerung schwerer ruhen, nicht noch zugunsten bestimmter Händler- und Produzenteninteressen ungleich vermehrt werden.

Die christlichen Gewerkschaften während des Krieges

Der Ausschuß des Gesamtverbandes veröffentlicht in der letzten Nummer des „Zentralblattes“ seinen Bericht für das Jahr 1914. Bei der Bedeutung des diesjährigen Berichtes, und da das „Zentralblatt“ in nur verhältnismäßig wenige Hände der Mitglieder kommt, andererseits die „Baugewerkschaft“ an viele Kollegen ins Feld geht, halten wir eine vollständige Wiedergabe des Berichtes für notwendig. Damit wird allen Mitgliedern der erforderliche Einblick gegeben, insbesondere müssen die im Felde stehenden Kollegen im Bilde bleiben, damit sie über das, was während ihrer Abwesenheit geschieht, unterrichtet sind, sie aber auch erkennen können, wie die christlichen Gewerkschaften der Größe der Zeit gerecht werden, und wie sie ihre Aufgaben dem Wechsel der Verhältnisse in wirkungsvoller Weise anpassen. Aber auch über den Krieg hinaus haben wir zu blicken, denn von dieser Zeit erwarten wir dasjenige, was uns bisher vorenthalten war. Frühzeitig dafür die Kräfte zu wecken und zu sammeln, ist unsere Pflicht.

Das Jahr 1914, weltgeschichtlich von einer heute noch nicht entfernt abzusehenden Tragweite, ist auch gewerkschaftlich überaus bedeutsam geworden. Wie unser ganzes volkswirtschaftliches und politisches Leben, so zeigt das gewerkschaftliche Leben nicht minder ein Doppeltgesicht: rastlose Tätigkeit im Schutze des Friedens auf der einen, weitestgehende Anpassung an die grundlegend veränderten Verhältnisse und Anforderungen des Krieges auf der anderen Seite. Wahrscheinlich gehören die Gewerkschaften zu denjenigen Einrichtungen, deren Zukunft nach der Auffassung vieler bei Kriegsausbruch mit am meisten in Frage gestellt wurde, nicht nur, soweit die Meinung der Öffentlichkeit, sondern selbst diejenige eines Teiles der eigenen Mitgliedermassen in Betracht kommt. Eine solche Auffassung hing mit dem unüberdringlichen Dunkel zusammen, das bei Kriegsausbruch notwendigerweise über dem ganzen Wirtschaftsleben liegen mußte; ferner mit der Erwägung, daß der Krieg die Mitglieder sehr stark lichten und die Finanzen der Gewerkschaften erschüttern müßte. Wie jedoch heute die Verhältnisse liegen, darf der Pessimismus als überwunden gelten. Die Gewerkschaften, deren Fähigkeit manchen in gewöhnlichen Zeiten, je nach seinem Standpunkte, mit Bewunderung oder Ingrimm erfüllt hat, sind ihrem Rufe auch unter den Kriegsverhältnissen treu geblieben. Sie waren unter den ersten, die die neue Lage der Dinge in vollem Umfange zu würdigen, aber auch auf ihrem Gebiete, das ganz auf die Friedenszeit eingerichtet ist, sich ihr anzupassen wußten. In wesentlichen Fragen, so z. B. in der Unterstützungsfrage, die durch den Krieg eine Frage der breitesten Allgemeinheit wurde, haben sie durch ihre tatkräftige Initiative den ersten Anstoß gegeben. Erst recht natürlich im engeren Rahmen der

Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, wo die Arbeitsgemeinschaften verschiedener Gewerbe, mit ihren Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung im Interesse von Unternehmern und Arbeitern, für alle Zeiten mit dem Andenken an den Weltkrieg verbunden sein werden.

Die christlichen Gewerkschaften hatten, als das Berichtsjahr begann, sich in agitatorischer und organisatorischer Hinsicht eine Lage geschaffen, die zu den besten Hoffnungen berechtigte. Noch stand die Deffentlichkeit und die Arbeiterschaft insbesondere unter dem machtvollen Eindruck, den der kurz zuvor abgehaltene Deutsche Arbeiterkongreß (1. bis 3. Dezember 1913 in Berlin) und dann später der Kölner Gewerkschaftskongreß (18. bis 22. Dezember 1913) hervorgerufen hatten. Durch die Reihen der christlichen Arbeiter selbst ging der unverkennbar feste Wille, die durch so zahllose Schwierigkeiten siegreich hindurchgeführte Bewegung, nach dem sie sich neue Entfaltungsmöglichkeiten geschaffen, im neuen Jahre auch aus dem Stillstand der vorhergegangenen Periode in bezug auf die Entwicklung der Mitgliederzahlen hinauszuführen. Das Wirtschaftsleben ließ allmählich wieder ein größeres Vertrauen aufkommen. Das dann ferner der Arbeiterbewegung allgemein neues Leben einflößte, war die starke Entschlossenheit aller sozialpolitisch interessierten Kreise, unter Vorantritt der Gewerkschaften, gegen die sozialpolitische Reaktion die ganze Deffentlichkeit aufzurufen, zu welchem Zwecke ein umfassender Aufklärungszug einsetzte. Ihren Höhepunkt fand diese Aktion in einer aus allen Teilen des Reiches und insbesondere von den Arbeiterorganisationen zahlreich besetzten Kundgebung der Gesellschaft für Soziale Reform am 10. Mai in Berlin, an der sich u. a. auch die ersten Vorkämpfer der Gewerkschaftsreform in Deutschland aus den Zeiten des Kampfes gegen den Manchesterliberalismus beteiligten. Damals stand wieder einmal das Koalitionsrecht in Gefahr. Die Politischerklärung einzelner freier Gewerkschaften war ein Symptom dafür, daß die Sache nicht bei theoretischen Erörterungen ihr Bewenden haben, sondern daß mit praktischem Vorgehen Ernst gemacht werden sollte.

Inzwischen dürfte gerade auf letzteren Gebieten ein völliger Stimmungswandel herbeigeführt worden sein. Was seither immer doch nur heißumstrittene Theorie war: die Bedeutung einer durchgreifenden Sozialpolitik für die Gesund- und Starkerhaltung unseres Volkes und namentlich auch für die Stärkung seiner Wehrfähigkeit, dann ferner der Wert des Arbeiterorganisationswesens für die Volkswirtschaft und das ganze soziale Leben — das alles hat sich in dem weltgeschichtlichen Ringen seitdem in der Praxis unter den schwierigsten Verhältnissen in unvergleichlicher Weise erwiesen, und Freund und Feind sind sich in der Anerkennung der Leistungen von Sozialpolitik und Arbeiterorganisationen einig. Gewiß machen sich in letzter Zeit schon wieder Gegenströmungen bemerkbar; es ist jedoch heute entschieden leichter, diese in der Deffentlichkeit auf ihren wahren Wert zurückzuführen und ihnen eine größere praktische Bedeutung abzuschneiden. Vor allem besteht keine Möglichkeit mehr, den Arbeiterorganisationen und besonders den Gewerkschaften, die zum Gelingen der wirtschaftlichen Mobilmachung so außerordentlich viel beigetragen haben, die volle Einordnung in den Organismus des sozialen und politischen Lebens dauernd zu verweigern.

Aus diesen kurzen Andeutungen ergibt sich schon, daß das Berichtsjahr durch die Ereignisse nach Kriegsausbruch eigentlich erst seine volle Bedeutung erhalten hat und daß es unter diesem Gesichtswinkel seinen Platz in der Gewerkschaftsgeschichte einnehmen wird.

In unserem ganzen deutschen Volksleben und in der Volkswirtschaft insbesondere sind während des Krieges die Früchte gepflückt worden, die auf dem Boden einer Auffassung gereift sind, wie sie die christlichen Gewerkschaften allen Anfechtungen zum Trotz immer vertreten haben. Die Auffassung der christlichen Gewerkschaften

hat von jeher nicht nur theoretisch, die Solidarität der Klassen und Stände gekannt, indem der Satz aufgestellt wurde, der gesamte Organismus des Volkslebens könne nur dann ein gesunder sein, wenn jedes einzelne Glied gesund sei, und umgekehrt hänge die Gesundheit jedes einzelnen Gliedes von derjenigen des Gesamtorganismus ab; die christlichen Gewerkschafter haben vielmehr diese Erkenntnis auch, und zwar oft genug unter schweren Kämpfen, in die Praxis umzusetzen gestrebt, indem sie für einen weiteren Ausbau des Tarifvertrags- und EinigungsweSENS eintreten. Ihr Ziel auf diesem Gebiete wird in etwa durch die während des Krieges in verschiedenen Gewerben errichteten Arbeitsgemeinschaften gekennzeichnet. Daher fanden sich denn auch die christlichen Gewerkschaften, wenn man die neuen Anforderungen des Krieges allein in Betracht zieht, leicht in dieselben hinein. Alles, was vom Reich, von den Bundesstaaten, von den Gemeinden, von den Landesversicherungsanstalten und von den Privaten zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung und der Arbeitsvermittlung unternommen wurde, fand sofort die bereitwillige Mithilfe der christlichen Gewerkschaften. Diese regten dabei, wo es nur angängig war, ein Zusammengehen aller zuständigen Organisationen an. Genau dasselbe geschah, als die englischen Pläne, als der Eigennutz von Spekulanten und Interessenten, im Verein mit den an sich immer schwieriger werdenden Marktverhältnissen, die Kaufkraft des Lohnes mehr und mehr zu verschlechtern drohten. Man wird nicht sagen können, daß die christlichen Gewerkschaften diese Dinge einseitig betrachtet und behandelt hätten. Gewiß haben sie dort, wo es notat, scharfe Kritik geübt. Sie waren aber dazu berechtigt, nicht nur im Hinblick auf die unauflösbare Notwendigkeit dieser Kritik, sondern auch, weil sie den eigenen Mitgliedern gegenüber die aus dem besonderen Verhältnissen erwachsenden besonderen Pflichten nachdrücklich betonten, und im übrigen sich an allen erfolgversprechenden Maßnahmen zur Abstellung von Missetänden bereitwillig beteiligten. Die Pflicht des Opferbringens während des Krieges ist den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften gegenüber doppelt und dreifach unterstrichen worden. Um das voll zu ermessen, muß im Auge behalten werden, daß für den größten Teil der Arbeiterschaft, infolge Verdienstentzuges, Arbeitslosigkeit und Schwächung der Kaufkraft des Lohnes, ohnedies das Opferbringen einen ganz wesentlichen erschwert war. Man darf sich z. B. hinsichtlich der Arbeitslosigkeit nicht ausschließlich an die günstigen Durchschnittsziffern des gesamten Arbeitsmarktes halten, sondern muß auch die heute noch erschreckend hohe Arbeitslosenziffer einzelner Gewerbe und Berufe mit in Betracht ziehen. Sodann war die Arbeiterschaft ganz allgemein gezwungen, Opfer auch auf anderen Gebieten als denjenigen, an die man im bürgerlichen Leben gemeinhin denkt, zu bringen. Weisen wir beispielsweise die in der Industrie und im Gewerbe so vielfach notwendig gewordene Neu- und Umrüstung herans. Auf welchen Teil der Produzenten entfallen dabei die drückendsten Verpflichtungen? Doch ohne Zweifel auf die Arbeiterschaft. Für den Unternehmer ist dies, wie alles andere, in erster Linie eine Frage der Kapitalverwendung. Der Arbeiter dagegen hat die persönlichen Unannehmlichkeiten und oft genug dazu noch ein großes Unfallrisiko auf sich zu nehmen, ganz abgesehen von der peinlichen und ärgerlichen Ungewißheit, die eine Umstellung der Beschäftigung unvermeidbar mit sich bringt. Das Organ des christlichen Textilarbeiterverbandes hat seinerzeit, indem es eine Fülle von tatsächlichen und nachprüfbaren Belegen beibrachte, allein für diesen Beruf den Satz nachgewiesen: Für Hunderttausende von Textilarbeitern verlaugte die neue Arbeit ein ganzliches Untertun, eine gesteigerte Anspannung der Kräfte, vielfach einen tiefen Eingriff in die Lebensweise, in leider nicht wenigen Fällen verbunden mit einer wirtschaftlichen Verschlechterung. In demselben Organ wird zugleich mit treffenden Worten des großen Verdienstes gedacht, das sich die Gewerkschaften an dem Gelingen des Unternehmens zuschreiben dürfen:

Sie haben fortwährend viel Arbeiter für die Heeresarbeiten bereitgestellt, viel Schwierigkeiten und Hindernisse mit der Erleichterung aus dem Wege geräumt und dieser in Bezug auf alle Veränderungen mit Rat und Tat in jeder Hinsicht und anderer Beziehung zur Seite gestanden. Ohne die Erziehungsarbeit, die zahlreichen Hilfsmittel und den Einfluß der Gewerkschaften auf die Arbeiter wäre vieles nicht erreicht worden. Und die Durchführung all der Vorarbeiten zur Vorbereitung auf erheblich viel größere Schwierigkeiten ergaben, denn nicht von den Gewerkschaften gegenüber der Arbeiterschaft und Kameradschaftlichkeit war der Arbeiter der gewöhnlich gewöhnt. Alles was nicht so gut und nicht so schnell gegangen, was sich nicht so leicht und nicht so gewöhnlich erledigen und lösen ließen. Das Unmögliche geht nicht, es ist nicht, und es kann nicht halten, wenn es nicht durch die Gewerkschaften oder Kameradschaften, vor allem durch die Gewerkschaften und Kameradschaften im Jahre 1914. In dieser Zeit der Arbeit untereinander helfen

und beistehen, die Tugenden üben, die unsere Gewerkschaften geweckt und gefördert haben."

Wie wäre es, wenn die deutsche organisierte Arbeiterschaft die Schwere der englischen bewiesen hätte!

Nachdem lag natürlich die Sache in anderen Gewerben und Berufen. Man erinnere sich, welche Beachtung in der breitesten Öffentlichkeit die Meldung hervorrief, daß der christliche Lederarbeiterverband eine eigene Werkstätte eingerichtet habe, um auf diesem überaus praktischen Wege dem stark vermehrten Bedarf an Sattlern abzuhelfen. Was dann, um nur noch eine Gruppe anzuführen, die Heimarbeiterrinnen alles geleistet haben, läßt sich, obwohl es manchmal als eine Reihe von „Kleinigkeiten“ erscheinen mag, in seinem Werte gar nicht abschätzen, da es die Ärmsten und am meisten vernachlässigten Schichten der Bevölkerung betrifft.

Weiter! Die Deuerung der Lebensmittel war für die christlichen Gewerkschaften nicht nur ein Anlaß, gegen die hohen Preise Sturm zu laufen, sondern auch eine Anregung, in Gemeinschaft mit den übrigen Gliedern der Arbeiterbewegung (konfessionelle Arbeitervereine, Konsumgenossenschaften) die früher bereits aufgenommenen Bestrebungen zur hauswirtschaftlichen Erziehung der Mitglieder und namentlich ihrer Frauen in der Presse und in Versammlungen durch- und weiterzuführen. Die lange Kriegszeit hat uns gelehrt, daß das Durchhalten nicht das Ergebnis einiger Stunden oder selbst Tage weisevoller Begeisterung ist und sein kann, sondern das mühevollste Aneinanderreihen pflichteifriger durchgeführter unscheinbarer Obliegenheiten des täglichen Lebens. Die christlichen Gewerkschaften sind sich bewußt, auf diesem Gebiete in jeder Beziehung voll und ganz ihre Pflicht getan zu haben, und daraus leiten sie, wie gesagt, das Recht her, wenn es notat, auch Kritik zu üben.

Sie haben sogar mehr wie ihre Pflicht getan. Denn es muß im Auge behalten werden, daß sich die Mitgliederzahlen im Laufe der Zeit allmählich stark, bis heute wohl um etwa 150 000 Mann, gelichtet haben; ebenso aber auch die Reihen der Funktionäre. In letzterer Beziehung handelt es sich nicht nur um den Abgang von bis heute rund 250 Beamten, sondern um den Ausfall der zahllosen Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner, die an den einzelnen Orten für die Aufrechterhaltung der Bewegung zu sorgen hatten. Vom Beginn des Krieges an hat der ständige Wechsel der Funktionäre die größte Wachsamkeit der leitenden Instanzen beansprucht. Und dennoch hat es keine Einrichtung von Belang gegeben, und gibt es heute noch keine solche, wo die christlichen Gewerkschaften nicht vertreten wären, um mitzuraten und mitzutaten. Das gilt von den großen zentralen Einrichtungen in der Reichshauptstadt, von der Reichsarbeitsvermittlungsstelle und dem Konsumenten-Ausschuß, bis zur kleinen Kriegsarbeits- und Beratungsstelle in der Provinzstadt. Nun denke man sich zu allem die Mitarbeit überall im Lande an der Fürsorge für die Kriegerfamilien und -hinterbliebenen, dazu dann die Einführung der Arbeiterschaft durch Versammlungen und private Belehrung in die vielen neuen gesetzlichen Bestimmungen, die uns der Krieg auf allen Gebieten beschert hat. Wohl gemerkt: all dies bei so überaus stark geschwächten Kräften — ganze Verbandszentralen und -bezirke sind von ihren Beamten entblößt. Und daher steht ohne jeden Zweifel fest, daß auch in dieser Zeit, wo die Lohnbewegungen im Interesse der Erhaltung des Friedens unter den Klassen und Ständen zurückgestellt wurden, die Arbeiter gewiß keinen geringeren Nutzen von der Gewerkschaftsbewegung gehabt haben wie in Friedenszeiten.

Zugleich darf jedoch auch darauf hingewiesen werden, daß in dieser Zeit mehr noch wie sonst sich der Nutzen der gewerkschaftlichen Organisationen nicht nur für deren Mitglieder, sondern für das ganze Volk erwiesen hat. In der ersten Reihe der Kräfte, denen die Nachwelt den Sieg im großen Weltkriege zuschreiben wird, wird die Organisationskraft stehen. Diese aber ist nicht etwas Angehörenes. Die Geschichte des deutschen Volkes berichtet von jahrhundertelanger elender Lage dieses Volkes als einer Folge der sich in demselben geltend machenden Zerplitterung. Trotzdem weist gerade das deutsche Volk in diesem Kriege ein Maß von Organisationsfähigkeit und Willigkeit auf, wie es in der ganzen Weltgeschichte einzig dastehet. Das kann nur das Ergebnis einer langen Erziehungsstätigkeit sein. Diese Erziehung wurde aber zweifellos in erster Linie von den großen Organisationen gewohnheitsmäßigen und freiwilligen Charakters geleistet, die das deutsche Volkleben so charakteristisch von dem sonstigen anderen Nationen unterscheiden. Und zu den freiwilligen Organisationen, die hier in Betracht kommen, gehören in allererster Linie die Gewerkschaften, die das gesamte Gebiet der Arbeiterschaft zu beherrschen haben. In ihnen liegt die Arbeiterschaft unter der Führung der Gewerkschaften, deren Ziel aber auch die Anspannung der

eigenen Wünsche und Forderungen in Anpassung an gegebene Möglichkeiten und Notwendigkeiten. Damit ist die schwierigste Seite des Organisationsproblems erledigt. Wenn der Krieg organisatorische Glanzleistungen hervor gebracht hat, so nicht zuletzt deswegen, weil große Schichten des Volkes vorhanden waren, die entsprechend unbillungsfähig waren. In ihnen konnte ein einheitlicher Wille sich entfalten. Sie waren einer einheitlichen Forderung zugänglich. Sie konnten auch unter schwierigeren und bedenklichen Umständen verhindern, daß das Vertrauen in der Massen in gefährlicher Weise geschwächt wurde. Welche Anforderungen hat, um nur eins zu erwähnen, das Hin und Her in der Ernährungsfrage an die Geduld und Mäßigung der Volksmassen gestellt, Anforderungen, die nicht erfüllt worden wären, hätten nicht Organisationen, die sich des Vertrauens der Massen erfreuten, zugleich mit ihrer Kritik die Massen zum Verständnis für die Schwierigkeiten der Stunde und für das Unvollkommene aller menschlichen Einrichtungen erzogen. Nochmals: die Gewerkschaften standen hier mit an der Spitze und haben sich dabei um das ganze Volk verdient gemacht.

Nun gibt es Leute, die bereits jetzt das Bedürfnis verspüren, unserem Volke die Lust zu verwehren, den Gewerkschaften die ihnen dafür zugehörige Anerkennung gebenfalls nach dem Kriege mittels praktischer Zugeständnisse zum Ausdruck zu bringen. Wir haben dafür in der letzten Nummer des „Zentralblatts“ ein Beispiel aus der Arbeitgeberwelt gebracht. Dort wird die Sache sehr geschickt vom Ehrenpunkt aus angefaßt und den Arbeitern vorgehalten, sie würden doch nicht etwa ihre Rechnung für Leistungen präsentieren, die als nichts mehr und nichts minder als verdamnte Pflicht und Schuldigkeit staatsbürgerlicher Natur anzusehen seien. Wir sind wirklich zu wenig sentimental, um uns auf diesem Wege belommen zu lassen. Wie liegt denn, um die Dinge richtig zu sehen, die Sache? Wenn die Arbeiterorganisationen nichts mehr getan haben, als ihre Schuldigkeit — wir behaupten allerdings und glauben es oben bewiesen zu haben, daß sie mehr getan haben —, dann können sie daraus immer noch die Forderung herleiten, daß ihnen, nach anerkannter voller Erfüllung ihrer Pflichten, nun auch ihr Recht in vollem Umfange eingeräumt werden müsse. Denn daran fehlt es bis heute noch, was wir hier nicht noch besonders auseinanderzusetzen brauchen. Das wird darum eine der ersten Aufgaben der Arbeiterorganisation sein, wenn einmal der Friede da ist, sich die volle Einordnung der Arbeiterklasse in den staatlichen und sozialen Organismus zu erkämpfen, wenn sie ihr nicht, was wir allerdings nach den Erfahrungen des Krieges immer noch hoffen, freiwillig eingeräumt wird.

Einige besondere Worte verdient noch die Tatsache, daß die gemeinsame Sorge um die Abwendung der Kriegsstörungen und -Schäden die verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen einander angenähert hat. Verschiedentlich hat sich Gelegenheit geboten, sowohl innerhalb der einzelnen Berufe, wie auch von der einen Zentrale zur andern ein gemeinsames Arbeiten in die Wege zu leiten. In ersterer Beziehung sei an die Arbeitsgemeinschaften der verschiedenen Gewerbe erinnert, aber auch an die Bestrebungen zur Errichtung eines Einigungsamtes im Bergbau, die wohl besonders bitter verfeindete Gewerkschaftsverbände wieder zusammenbrachten. In letzterer Hinsicht machen wir auf die gemeinsame Eingabe zur gesetzlichen Regelung des Arbeitsnachweiswesens aufmerksam. Wir haben unsern grundsätzlichen Standpunkt zur Sache wiederholt dargestellt und dem, trotz aller Anpassungen, nichts anzufügen. Die christlichen Gewerkschaften sind nach wie vor bereit, in praktischen Fragen von Fall zu Fall mit den übrigen Richtungen zusammenzugehen. Es steht außer allem Zweifel, daß es solche praktischen Fragen immer, und zwar auch solche von größter Bedeutung, geben wird. Der Friedensschluß und die erste Zeit nach demselben dürften in dieser Hinsicht sogar besonders ergiebig sein. Die unbedingte und unerlässliche Voraussetzung ist aber, daß der Gegenstand der Gemeinschaftsarbeit immer eine Frage rein gewerkschaftlich-sachlicher Natur sein und von allen Beteiligten als solche behandelt werden muß und keine andersartigen Fragen im Hintergrunde lauern dürfen.

Was die nächste Zukunft bringen wird, weiß niemand. Wir glauben der Zustimmung aller Arbeiter sicher zu sein, wenn wir den Wunsch aussprechen, daß es ein Frieden sehr nütze, der die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die das deutsche Volk gebracht hat, lohnen und uns gegen fernere schändliche Attentate auf die eheliche Friedensarbeit des deutschen Volkes in allen seinen Schichten voll und ganz sichern möge. Steht uns noch eine längere Kriegsdauer bevor, so wird die christliche Arbeiterschaft sich von niemand in dem Bestreben, durchzuhalten, abtreiben lassen. Kommt dagegen der Frieden bald, dann soll er einen jeden von uns auf dem Posten sehen, an dem Wiederaufbau unserer Organisationen, deren

Legenkreche Tätigkeit nunmehr vor aller Augen offen liegt, nach seinen besten Kräften und in seinem besonderen Kreise mitzuarbeiten. Die christlichen Arbeiter können überzeugt sein, daß ihre Führer alle Vorgänge von Bedeutung genau im Auge behalten, um bei der Wahrnehmung der Arbeiterinteressen ihr Wort, ihre Erfahrung und ihren Einfluß mit in die Waagschale zu werfen.

Allgemeines

Das **Eiserne Kreuz** erhielten folgende Kollegen: **Wolff Brune**, Mitglied der Zahlstelle Reheim; **Bernhard Ripper**, Mitglied der Zahlstelle Oliva, Maurer; **Wih. Peill**, Mitglied der Zahlstelle Stabbed; **Bruno Stürzebecher** aus Kuttlau, Mitglied der Zahlstelle Glogau. Unsern Glückwunsch.

Den Bau eines christlichen Gewerkschaftshauses planen die christlichen Gewerkschaftler Münchens. Das Ausblühen der christlichen Gewerkschaften in München hat dazu geführt, daß diese in Gemeinschaft mit dem Bayerischen Eisenbahner-Verband darangehen können, sich ein eigenes Gewerkschaftshaus zu erbauen. Der Bauplatz von 619 Quadratmeter Größe ist in der Frauenlob- und Heflinger Straße zu günstigen Bedingungen erworben. Die Gesamtkosten sind mit rund 300.000 M veranschlagt. Im August soll bereits mit dem Bau begonnen werden.

Sur Warnung für Kriegerfrauen. Die **Düsseldorfer „Volkszeitung“** berichtet über folgenden Vorfall: „Eine Vergarbeiterfamilie im sächsischen Kohlenrevier erhielt am 18. Juni einen Brief aus Berlin folgenden Inhalts:“

Verbandhaus Moderna.
Berlin-Wilmersdorf, den 17. 6. 15.
Familie G. F., Nieberwörtschulz.

Eaut amtlicher Bekanntmachung haben Sie einen teuren Lieben auf dem Felde der Ehre verloren. Auch Ihnen wird es ein Herzensbedürfnis sein, ein dauerndes Andenken des Gefallenen zu besitzen und Ihre Heim mit dem Andenken des Unvergessenen zu schmücken. Wir haben daher in sinniger Weise eine geschickt geschlichte Gedenkplatte anfertigen lassen, die wir Ihnen zum Vorzugspreise von 2 M übersenden und hoffen, Ihnen damit Ihren größten Wunsch zu erfüllen. Mit vorzüglicher Hochachtung

Verbandhaus Moderna.
(Unterschrift unleserlich.)“

Drei Tage später ist auch das sinnige Andenken eingetroffen. Frau F., in dem guten Glauben, jetzt nicht betrauert zu werden und auch ein besonders schönes Andenken zu erhalten, hat das Plättchen gegen 2,30 M Nachnahme angenommen. Aber o Schreck. Die in so sinniger Weise hergestellte, geschickt geschlichte „Gedenkplatte“ bestand nur aus einem Stückchen grauer Leinwand, ungefähr 50 Zentimeter groß im Quadrat, mit folgender, ganz blaßblau aufgedruckter Widmung:

Gefallen auf dem Felde der Ehre im Kriegsjahr 1915.
Wir dürfen stolz dereinst der Nachwelt melden:
Die Deutschen Anno 15 waren helden,
Und viele starben ganz den Heldentod.

Das genannte Blatt bemerkt, daß der Wert der „sinnigen Gedenkplatte“ allseitig auf höchstens 75 bis 80 Pf. geschätzt würde.

Etwas Schamloferes läßt sich kaum denken, wie eine derartige Ausnutzung einer armen Kriegswitwe. Da ähnliche Vorkommnisse auch fürderhin zu befürchten sind, sei dieser Vorfall als Mahnung zur Vorsicht mitgeteilt.

Gemeinnützige Betriebswerkstätten für Kriegsbefähigte plant man in Oesterreich zu errichten. Träger dieser Bestrebungen sind die Allgemeinen Arbeitsvermittlungsgesellschaften und die Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. — Der Gedanke sollte auch in Deutschland ernstlich in Erwägung gezogen werden. Eine Anzahl von Kriegsbefähigten könnte auf diesem Wege zweifellos eine zufriedenstellende Existenz finden. Unmöglich wäre es jedenfalls nicht, die Lösung der Wohnungsfrage gleichzeitig damit zu verbinden. Eine Aufgabe, bei der die Wohnungsgenossenschaften praktisch mitwirken könnten. Das Wichtigste wäre bei der praktischen Lösung dieser Frage die Geldbeschaffung. Nun haben die Invaliden-Versicherungsanstalten bekanntlich beschlossene, ansehnliche Beträge aus ihrem Vermögensbestand für allgemeine Zwecke der Kriegsfürsorge bereitzustellen. Sie würden zweifellos einem guten Zwecke dienen, wenn sie diese Summen oder einen Teil davon für gemeinnützige Betriebswerkstätten für Kriegsbefähigte bestimmen würden.

Die Bäckermeister für das Nachtbrotverbot. Bekanntlich ist aus Sparmaßregeln mit unseren Brotvorräten seit Beginn dieses Jahres das Baden von Backwaren und Brot während der Nachtzeit verboten. Der Krieg erreichte im Handumdrehen, was so lange die Bäckergehilfen erstrebten, was aber als undurchführbar abgelehnt wurde. Nunmehr scheinen aber auch die Bäckermeister zu einer anderen Ansicht gekommen zu sein. Der Obermeisterstag der bayerischen Bäckerinnungen, der in einigen Tagen in Würzburg sein wird, soll sich auch mit der Frage beschäftigen, ob das Verbot, bei Nacht Brot zu backen, nicht auch in Friedenszeiten anzuwenden werden soll. Nach einer Umfrage am Berliner

Verbandstage sind bis jetzt 38 572 Bäder für die Beibehaltung des Nachtbrotverbots, 7025 dagegen. Endlich siegt die Tugend.

Gegen die öffentlichen gemeinnützigen Arbeitsnachweise wird von den Unternehmern fortlaufend eine heftige Gegenarbeit entfaltet. In der „Deutschen Wirtschaftszeitung“ (1. Juni 1915) behauptet der Großindustrielle Dr. R. F. Ziese, Inhaber der Schichauwerk in Danzig und Präsident der Handelskammer zu Elbing, die von den Gewerkschaften angestrebte Reform der Arbeitsvermittlung laufe „auf eine Mischung von paritätischen und öffentlich-bureaucratischen Arbeitsnachweisen zur Stärkung der Sozialdemokratie und zum Schaden der Arbeitgeber hinaus.“ Die Gründung paritätischer Arbeitsnachweise hat, wie die Erfahrung überall zur Genüge (?) gelehrt hat, für die Interessen von Handel, Industrie und Gewerbe wenig bzw. gar keinen Wert, sondern wird aus Gründen der Nachfrage ebenso wie die Einführung von Lohnstarifen lediglich von der Sozialdemokratie angestrebt.

Auf diesen Ton ist der ganze Artikel abgestimmt, wobei aber den einseitigen Unternehmer-Arbeitsnachweisen ein überschwengliches Loblied gesungen wird. Diese Arbeitsnachweise hätten große Erfolge erzielt und ihr erzieherischer Einfluß auf die Arbeiterschaft sei von „unerschätzbarem Werte“. Zuletzt wird dann an den weitgehendsten Blick und die Intelligenz der Staatsregierung appelliert, mit dem dringenden Ersuchen, in der Frage der Arbeitsnachweise doch ja den Wünschen der Unternehmer Rechnung zu tragen.

Eine eingehende Widerlegung der vorstehenden völlig haltlosen Vorwürfe gegen die öffentlichen Arbeitsnachweise hatten wir nicht für notwendig. Man bekämpft diese Einrichtungen aus denselben Gründen wie Schlichtungscommissionen, Einigungsämter, Tarifverträge usw. Die Unternehmer wollen eben unbeschränkte „Herrn im Hause“ bleiben, d. h. die Arbeitsbedingungen unter Ausnutzung der Arbeiter einseitig diktiert. Deshalb wird jede, auch die nützlichste Forderung abgelehnt, die eine Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter in sich schließt oder aufbahnen könnte.

Das Vorgehen des Großindustriellen Ziese, das in der sozialdemokratischen Presse scharf zurückgewiesen wurde, bekommt einen besonderen Werteschein, wenn daran erinnert wird, daß derselbe Ziese früher einmal der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung wohlwollend gegenüberstand und die Echtheit in sozialdemokratischen Blättern öffentlich herausgestrichen wurde.

Koalitionsverbote. In den industriellen Unternehmungen, die ihren Arbeitern das gesetzliche Recht des Zusammenschlusses gewalttätig verweigern, gehört auch die **Köln-Rottweiler Pulverfabrik** in Rottweil. Vor mehreren Jahren wollten sich Arbeiter dieser Fabrik dem christlichen Fabrik-, Verkehrs- und Hilfsarbeiterverbande anschließen. Da ließ die Fabrikdirection eine Bekanntmachung im Betrieb aufschlagen, worin die Arbeiter vor dem Besuch einer angekündigten Generalversammlung dringend gewarnt wurden. Am Schluß der Bekanntmachung hieß es:

„Am jedoch keinerlei Zweifel über unsere Stellungnahme den Gewerkschaften gegenüber aufkommen zu lassen, geben wir bekannt, daß jeder Arbeiter, der die Bestrebungen christlich-nationaler, christlich-sozialer oder sozialdemokratischer Organisationen direkt oder indirekt unterstützt, eine sofortige Kündigung zu erwarten hat.“

Diese gesetz- und rechtswidrige Bestimmung war für die Arbeiter doppelt nachteilig und mußte besonders erbitternd wirken, da die Firma selbst vom Koalitionsrecht unbeschränkter Gebrauch macht. Als nun der Krieg kam, und der allgemeine Burgfrieden zwischen Unternehmern und Arbeitern proklamiert wurde, da hielten die Arbeiter es für selbstverständlich, daß obige, die Einigkeit fördernde Bestimmung beseitigt würde. Die Betriebsleitung war jedoch anderer Meinung. Auf eine schriftliche Eingabe der vorhin genannten christlichen Arbeiterorganisationen um Aufhebung des Koalitionsverbots antwortete die Firma unterm 16. Juni d. J. wörtlich:

„Auf Ihr geehrtes Schreiben vom 10. d. M. gestatten wir uns, Ihnen zu erwidern, daß wir ebenso wie Sie gewillt sind, den Burgfrieden aus vaterländischen Rücksichten hochzuhalten, und erachten es deshalb nicht für zweckmäßig, jetzt in eine sachliche Erörterung der von Ihnen angeführten Frage einzutreten.“

Die Köln-Rottweiler Pulverfabrik in Rottweil legt den Burgfrieden also dahin aus, ein die Arbeiter erbitterndes Unrecht weiterbestehen zu lassen. Die Firma, die selbst in dieser schweren Zeit mit der Unterdrückung des vornehmsten Arbeiterrechtes die Klassengegenätze verschärft, gehört zu jenen Betrieben, die schon in Friedenszeiten und jetzt im Krieg erst recht hohe Gewinne einstreicht; die hauptsächlich für die Bedürfnisse der Heeresverwaltung liefert. Die zuständigen Militärinstanzen, die mit Recht auf den ungehörigen Fortgang der Kriegsindustrie den größten Wert legen, hätten alle Veranlassung, der genannten Firma das Rechtswidrige und Unpatriotische ihres Verhaltens zum Bewußtsein zu bringen.

8. Genossenschaftstag des Reichsverbandes Deutscher Konsum-Vereine

Am 10./11. Juli hielt in Oberfeld in den Räumen des Hotel-Restaurant Vereinshaus der Reichsverband deutscher Konsumvereine seinen 8. Genossenschaftstag ab. Wir entnehmen aus dem Bericht der Groß-Einkaufszentrale, daß der Umsatz derselben im Jahre 1914 11 487 333,03 M erreicht hat, ein Mehr gegenüber dem Vorjahre von 2 007 087,14 M.

Herr **Verbandsdirektor Schladrebele** über Konsumverein und Krieg.

Der Krieg sei eine Geißel, selbst für den Sieger, wievielmehr für den Besiegten. Die Konsumvereinsbewegung sei der Friedensfaktor, weil ihre Grundlagen Gemeinheitsinteressen seien. Das Blühen derselben sei begründet in der nationalen Organisation und in der Stärke und Größe des Vaterlandes. Der Verband und die angeschlossenen Genossenschaften hätten ihr alles eingesetzt, um mitzuhelfen an dem siegreichen Durchhalten und Beenden dieses Kampfes. Der Krieg habe in weiten Kreisen eine bessere Verteilung der sozialen Tätigkeit der Konsumvereine gebracht. Wo alles sich in Preissteigerungen in ihrem Profitinteresse überboten habe, haben diese zu alten, billigen Preisen, solange die Vorräte reichten, abgegeben.

Schwierigkeiten seien auch den Konsumvereinen erwachsen, jedoch seien dieselben im allgemeinen leicht überwunden worden.

Die Nahrungsmittelpreise seien ungeheuerlich gestiegen. Manches hätte hintangehalten werden können, wenn die Regierung nicht so zaghaft gewesen wäre. Für das zweite Kriegsjahr müsse das Wohl der Konsumenten mehr entscheidend sein.

Kedner begründet dann nachfolgende Entscheidung:

Nachdem der Bundesrat des deutschen Reiches beschlossene hat, auch für das zweite Kriegsjahr die Beschlagnahme des Getreides und der Futtermittel herbeizuführen, ebenfalls grundsätzlich an den Höchstpreisen festzuhalten, beschließt der 8. Genossenschaftstag des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine wie folgt:

Die Reichsregierung möge:

1. Alle ersichtlichen Maßnahmen treffen, die geeignet sind, die jetzige Ernte dem deutschen Volk zu sichern.

2. Die Höchstpreisfestsetzungen ausbauen und auf alle Hauptnahrungsmittel ausdehnen, z. B. auf Mehl, Hülsenfrüchte und Zucker; bezugnehmend auf die jetzigen Höchstpreisbestimmungen wie Getreide, Graubrot, Brot, und Kaffeeapparate, sowie auf Mädeln. Die Höchstpreise sind für Produzenten, Großhandel und Einzelhandel festzusetzen und zwar ohne Rücksicht auf spätere Termine. Eine dadurch wird es möglich sein, jede Spekulation zu unterbinden. Die Preise selbst müssen wieder mehr den Preisen der Jahre 1912/13 angepaßt werden.

3. Das Rationensystem ist beizubehalten und, wenn notwendig, weiter auszubauen. Die Größe der Ration jedoch muß nach den Einkommensverhältnissen und der Art der körperlichen Beschäftigung abgemittelt werden.

4. Zur Durchführung der gesamten Regelung der Lebensmittelversorgung ist ein Reichs-Rationierungsrat mit einer für die Kriegszeit, sondern für dauernd zu schaffenden, dem alle übrigen Einrichtungen zu unterstellen sind. Derselbe wäre in Unterabteilungen demselben in den einzelnen Bezirken oder Gemeinden anzuschließen. Die Kosten der behördlichen Nahrungsmittelversorgung sind als wirtschaftliche Kriegskosten zu betrachten und nicht auf die Warenpreise abzuwälzen.

5. In allen diesen Einrichtungen des Reiches, der Bundesstaaten, der Gemeinden usw. sind Konsumgenossenschaftler als sachverständige Vertreter der Konsumenten hinzuzuziehen und an der Verwaltung derselben zu beteiligen.

6. Bei der Warenverteilung durch das Reich, die Gemeinden usw. sind die Konsumvereine und ihre Einrichtungen (Groß-Einkaufszentrale usw.) entsprechend ihren Mitgliederzahlen zu beteiligen. Die ohne jedes Profitinteresse arbeitende Konsumvereinsbewegung kann mit Recht beanspruchen, mit allen Faktoren des Handels gleichgestellt zu werden, damit ihren Mitgliedern nicht der Vorteil des genossenschaftlichen Einkaufs verloren geht (Wärdevergütung usw.).

Der 8. Genossenschaftstag deutscher Konsumvereine erhofft, daß der vom Bundesrat des deutschen Reiches in großen Zügen aufgestellte Wirtschaftsplan durch die oben genannten und weiter sich ergebenden sozialen Maßnahmen ausgefüllt und ergänzt wird. Der Reichsverband deutscher Konsumvereine und die ihm angeschlossenen Konsumvereine sind sich der hohen nationalen und vaterländischen Pflicht bewußt, wie bisher, so auch in der kommenden Zeit ihre ganze Kraft für das wirtschaftliche Durchhalten des deutschen Volkes einzusetzen. Wir erkennen in Deutschlands Größe und Freiheit das Unterpfand des sozialen Aufstiegs der breiten Volksmasse. Alle Maßnahmen, die diese Ziele verfolgen, unterstützen wir der tatkräftigen Unterstützung unserer Bewegung.

Der **Verbands- und Generalrevisionsbericht** erstattete der Verbandsrevisor Herr **Seimbeck**.

Der **Verbandsbericht** zeigt eine Zunahme der dem Verband angeschlossenen Genossenschaften von 159 am 1. Januar 1914 auf 185 am 1. Januar 1915. Der Gesamtumsatz der Konsum-Genossenschaften erreichte die Höhe von 65 826 086 M einschließl. des Umsatzes der Groß-Einkaufszentrale. Der erzielte Reingewinn stellt sich auf 1 467 322,65 M, das Sparguthaben auf 3 009 531,58 M. An Rückvergütung haben die Genossenschaften des Verbandes insgesamt 4 012 230,51 M ausgeschrieben. Die Mitgliederzahl zeigt eine starke Zunahme des Mittelstandes, der selbständigen Gewerbetreibenden, der Fabrikanten, Handwerker und Händler, sowie der Beamten. Sie stieg von 39 505 im Jahre 1913 auf 55 331 im Jahre 1914. Die Gesamtmitgliederzahl zeigt 177 358.

In Bezug auf den **Generalrevisionsbericht** berichtete der Vortragende über die Ergebnisse der von den Revisoren des Verbandes vorgenommenen gesetzlichen Revisionen. Es sei nicht zu verkennen, daß trotz des durchweg guten Standes der angeschlossenen Genossenschaften und der Liquidität derselben immer noch einzelne Genossenschaften

vorhanden sein, die ein befriedigendes Ergebnis nicht erzielt hätten. Diese weniger befriedigenden Ergebnisse...

Verbandssekretär Herr Nie gab den Bericht über die Verlags- und Versicherungsgesellschaft des Verbandes...

Die Volksversicherungs-Mitteilung, welche der gemeinnützigen Deutschen Volksversicherung in Berlin ange-schlossen sei, habe ganz erfreuliche Ergebnisse gezeitigt...

Ebenso habe die Feuerversicherung eine sehr gute Aufnahme in den Mitgliedskreisen gefunden. 1747 An-träge mit einer Versicherungssumme von 7 086 812 M...

Zwar habe auch hier der Krieg seine Wirkungen ge-zeitigt, doch sei auf Grund dieser Geschäftsergebnisse die Annahme berechtigt, daß diese Einrichtung eine ge-sicherte sei.

Nachdem alsdann verschiedene geschäftliche Angelegen-heiten erledigt und Wahlen getätigt waren, schloß Herr Verbandsdirektor Schack mit einer begeistert aufgenommenen Ansprache den Genossenschaftstag.

Wirtschaftliche Bewegung

Bezirk Posen und Schlesien. Die gegenwärtige Zeit legt allen Teilen des Volkes hohe Opfer auf. Ganz besonders groß sind diejenigen, welche die Arbeiterschaft zu tragen hat.

Es ist daher erfreulich, wenn Arbeitgeber dazu über-gehen, den Arbeitern eine Teuerungszulage zu ge-währen. Im Baufach ist wohl in Ost- und Westpreußen der Anfang gemacht worden.

Im Bezirk Posen waren es wie immer die Ar-beitgeber in Schönlanke, die ihrer Pflicht nicht nach-kamen. Bei der Firma Wittstock zeigten es unsere Kollegen gleich bei der ersten Lohnzahlung durch, daß ihnen die Zulage gezahlt werden mußte.

Im Bezirk Breslau war es in Reife eine Firma, die den Zuschlag nicht zahlte, es aber bald nachholte, als der Bezirksleiter deshalb vorsprach.

In Glauch, Bernstadt, Ramlau und Mün-sterberg zahlten alle Arbeitgeber den Zuschlag nicht. Außer Münsterberg ist es uns gelungen, daß so ziemlich alle Arbeitgeber ihrer Pflicht nachkamen. In Münsterberg werden immer noch 38 Pf. die Stunde gezahlt, der Tariflohn beträgt 40 Pf.

sind müde, so daß Sie nicht mehr soviel leisten können als früher usw. Drei dieser Entlassenen blieben für den angebotenen Lohn von 26 Pf. pro Stunde weiter in der Fabrik...

Soziale Rechtfprechung

Rauchgasvergiftung als Unfall anerkannt. Beim Auskochen eines Neubaus mit Kalklösen wurden Kohlen-erdgasfrei und erfüllten die Räume, in welchen mehrere Maurer mit der Herstellung des Mörtelbewurfs der Decken und Wände beschäftigt waren.

Es starben den Heldentod fürs Vaterland die Kollegen: Albert Huttner, Anton Mallach, Josef Weisert, Emil Drescher, Fritz Schlichter, Bern. Grünken, Paul Raschewski, Peter Bläsen, Andreas Stelken aus Oppum, Wilhelm Roosen aus Herdingen, Josef Garte, Theodor Schäfer, Bernhard Babbe, Ferdinand Offenemper, Joh. Lankowski, Ritter des Eisernen Kreuzes, Anton Weß aus Stauppen, Heinrich Reufner, Ritter des Eisernen Kreuzes, Albert Koppe aus Neuhaus, Theodor Höfchen aus Eisen, Robert Gardemann, Ludwig Feh. Wir werden das Andenken dieser Tapferen stets in Ehren halten.

oder weniger, am meisten aber der Maurer Sp., welcher nach etwa zehn Tagen wegen den durch die Rauchgasvergiftung entstandenen Gesundheitsstörungen der Arbeit zwei Tage fernbleiben mußte.

werden, weil kein Unfall, sondern lediglich der Einfluß einer ungeeigneten Betriebsstätte vorliegt; eine solche Verbeekrankung begründe aber keinen Anspruch auf Walfrente. — Diesen ablehnenden Bescheid forderte die Witwe an und erreichte am Oberversicherungsamt ein ob-jektives Urteil.

Das Gutachten sagt, daß zwar die Todesursache nicht mit völliger Sicherheit bekannt sei; da aber der Tod nach einer Rauchgasvergiftung eintrat, welche gerade bei schon kranken Menschen erfahrungsgemäß selten zu Erkrankungen führt, eine andere Krankheit also nicht wahrscheinlich und tatsächlich nicht im entferntesten wahrscheinlich gemacht sei, so müsse die Vergiftung mit hoher Wahrscheinlichkeit als Todesursache angenommen werden.

Dieses Gutachten legte das Reichsversicherungsamt seiner den Rekurs der Berufsgenossenschaft zurückweisend Entscheidung zugrunde und führte aus: Bei der Vergiftung handelte es sich nicht, wie die Berufsgenossenschaft meint, um das Ergebnis einer sich auf längere Dauer erstreckenden schädlichen Einwirkung von Rauchgasen, sondern um eine mehrmalige akute Kohlenmonoxidvergiftung.

Für unsere Kollegen ist diese Entscheidung von erheblicher Bedeutung, weil das Auskochen von Neubauten mittels der sogenannten Kalklöse trotz vielfach bestehender Verbote noch häufig geübt wird, wodurch mancher Kollege zu dauerndem Schaden kommt an seiner Gesundheit.

Gerichtliches

sk. Die Meldepflicht der Gewerkschaftsversammlungen. Leipzig. 14. Juli. Nach einer Verfügung des Leipziger Generalkommandos müssen nichtöffentliche Versammlungen, welche die Beratung und Erörterung sozialpolitischer Fragen zum Gegenstande haben, mindestens 48 Stunden vorher polizeilich angemeldet werden.